Pfarrer Dr. Dieter Heidtmann
Studienleiter Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik
Evangelische Akademie Bad Boll
73087 Bad Boll
dieter.heidtmann@ev-akademie-boll.de
www.ev-akademie-boll.de

„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen“

Vortrag bei der Tagung „New Ways of Solidarity: A joint commitment to combating poverty and social exclusion” am 30. September 2010 im Europäischen Parlament in Brüssel

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen“ (Ex 23,6) ist eines der Gebote, die dem Volk Gottes im Alten Testament mit auf den Weg gegeben werden. Und damit geschieht etwas Neues: Die Fürsorge für Arme und Schwache, für Fremde und für Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen ist auf einmal nicht mehr eine Frage von Almosen, sondern eine Frage des Rechts. Die Armen, die keinen Besitz haben, auf den sie sich stützen können, die Fremden, die bis dahin allenfalls ein Reservoir billiger Arbeitskräfte bildeten, erhalten Rechte. Und mit diesen Rechten erhalten Sie eine Würde, die sie allen anderen gleichstellt – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Einkommen.

Ausgangspunkt ist die unveräußerliche Würde des Menschen

„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen.“ Wir haben diesen Titel für das gemeinsame Positionspapier der Kirchen in Europa, von Caritas und Diakonie gewählt, weil es den Ausgangspunkt unserer Überlegungen verdeutlicht: Jeder Mensch hat einen Rechtsanspruch auf ein würdiges Leben. Die Verwirklichung dieses Rechtsanspruchs gilt unabhängig davon, in welchem Teil Europas jemand lebt, welche Eltern er hat oder in welche Volksgruppe sie hineingeboren wurde. In den Geboten der Bibel, die Ausgangspunkt unserer Überlegungen waren, bekommt die Armut auf einmal ein Gesicht. Sie ist nicht mehr unpersönlich und anonym. Hier wird deutlich: Es geht um jeden einzelnen Menschen und die Frage, wie er oder sie ein würdiges Leben führen können können.

Umsetzung der neuen Rechtsgrundlage der EU

„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen.“ Wir haben diesen Titel auch gewählt, weil die Europäische Union sich mit dem Vertrag von Lissabon eine neue Rechtsordnung gegeben hat. Der neue EU-Vertrag bietet mit der gleichrangigen Verankerung der Grundrechte im Primärrecht der Union, mit der Formulierung gemeinsamer Ziele und Werte und der Sozialklausel eine neue Rechtsgrundlage für die Arbeit der Union, die in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt ist. Sozialpolitik ist in erster Linie Rechtspolitik! Ein Teil der Forderungen der Kirchen, von Caritas und Diakonie zielt deshalb sehr bewusst auf die Umsetzung der neuen Rechtsordnung der Europäischen Union, auf Arbeitsplanung und Berichtspflicht der Kommission und des Rates oder auch der Grundrechte-Agentur. Wir möchten, dass Armutsbekämpfung und die Wahrung der Grundrechte – wie in der Sozialklausel vorgesehen - zu einer grundlegenden Dimension aller Aktivitäten der Union und ihrer Mitgliedstaaten werden. Nur so lässt sich Armut wirksam bekämpfen. Denn sonst haben wir das Problem, dass die Auflagen zur Haushaltssanierung in einzelnen EU-Mitgliedstaaten genau jene Armut produzieren, zu deren Bekämpfung sich die EU eigentlich verpflichtet hat.

Ein neues Subsidiaritätssystem in der EU
Wir sind überzeugt, dass die Werte und Ziele im neuen Vertrag zu einem neuen System der subsidiären Zusammenarbeit in der EU führen müssen. Es passt schon jetzt nicht mehr zusammen, dass die wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, während die sozialpolitischen Entscheidungen unverbunden in nationaler Verantwortung verbleiben. Die EU braucht ein neues Subsidiaritätssystem, das die Kohärenz von Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik sicher stellt. Das wäre wirklich „intelligent, nachhaltig und integrativ" (EU 2020-Strategie). Es sind in der Europäischen Union ja nicht zufällig jene Staaten wirtschaftlich am erfolgreichsten, die auch das am weitesten entwickelte System des Sozialschutzes haben. Sozialer Schutz und die Förderung der Armen und Schwachen sind keine Anhängsel der Wirtschaftspolitik, sondern eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Dieses Subsidiaritätssystem darf dann jedoch nicht auf der Ebene der Mitgliedstaaten enden, sondern muss im Gegenteil dort ansetzen, wo die Organisationen der Zivilgesellschaft wie Kirchen, Caritas und Diakonie den Menschen am nächsten sind. Die geplante Plattform gegen Armut kann zu einem Modell für die zukünftige Politikgestaltung in der EU werden, wenn es gelingt, dass in ihr die europäischen Institutionen, die Mitgliedstaaten und die Akteure der Zivilgesellschaft effektiv zusammen arbeiten. Deshalb haben wir sehr deutlich die Forderung formuliert, an dieser Plattform mitwirken zu wollen.

Teilhabegerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit
„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen." Teilhabegerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit gehören dabei untrennbar zusammen. Die Gewährleistung von Löhnen und Gehältern, von denen die Menschen auch leben können (wir sprechen hier von „living wages"), die Sicherung eines angemessenen Mindesteinkommens, die Bekämpfung von Obdachlosigkeit und die Sicherung des Zugangs zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind Kernbereiche, in denen wir die Rechte der Armen und Ausgeschlossenen viel besser sichern müssen als bisher. Es kann einfach nicht sein, dass ein Kind keine Chance erhält, seine Fähigkeiten und Begabungen in die Gesellschaft einzubringen, nur weil es in eine Roma-Familie in Italien oder Frankreich geboren wurde oder weil es in Deutschland immer noch ein Schulsystem gibt, das die Schülerinnen und Schüler nach ihrer sozialen Herkunft aussortiert.

Wachstum und Konsum hinterfragen
„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen." Die Bibel spricht in bemerkenswerter Weise von „deinen Armen". Arme und Reiche, Starke und Schwache gehören zusammen. Wir beobachten mit Sorge, wenn sich gerade die Leistungsträger in manchen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl entziehen. Nach Jahren, in denen wir eine fortschreitende Ökonomisierung aller Lebensbereiche erlebt haben, in denen Freiheit, Eigennutz und Konsum die dominierenden Werte waren, stellt sich die Frage, wie wir Prinzipien wie Solidarität, Nachhaltigkeit und Verzicht wieder stärken können. Das fängt im übrigen damit an, wie wir den Wohlstand in unserer Gesellschaft messen. Es ist höchste Zeit für neue Indikatoren, die die Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt ablösen.

Ein europäisches Jahr des Reichtums
„Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen." Die EU verfügt dazu über einen unglaublichen Reichtum: 500 Millionen Menschen mit großartigen Fähigkeiten und – das unterstelle ich jetzt mal – der Bereitschaft, das Beste daraus zu machen. Was für eine Verschwendung von Ressourcen, wenn wir 80 Millionen von ihnen die Möglichkeit nehmen, sich richtig einzubringen, weil sie keinen Arbeitsplatz haben oder weil ihnen das Geld fehlt, die Chancen in unserer Gesellschaft zu nützen. Die Kirchen, Caritas und Diakonie haben nicht für alle Fragen die Ideallösungen. Aber wir möchten gerne mit ihnen in einen Prozess einsteigen, in

dem wir gemeinsam überlegen, was wir tun können, damit wir am Ende sagen können, eigentlich ist das kein europäisches Armutsjahr gewesen, sondern ein Jahr des Reichtums für Europa, weil es uns geholfen hat, den Reichtum an Fähigkeiten und Möglichkeiten, den 80 Millionen Arme in der EU darstellen, wieder in die Gesellschaft einzubringen.

Vielen Dank.